

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Friedbert Pflüger, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Angela Merkel, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler

Zur aktuellen internationalen Lage

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der Bundeskanzler und die Bundesregierung haben die Grundpfeiler der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt und damit den vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, seinem Ansehen und Gewicht in der Welt schweren Schaden zugefügt:
- Die Regierungspolitik der letzten Tage und Wochen beschädigt die Nordatlantische Allianz und die Glaubwürdigkeit unseres Landes gegenüber unseren Partnern. Mit ihrer wochenlangen Blockade gegen die Planung von Hilfsmaßnahmen der NATO für die Türkei hat die Bundesregierung das Bündnis in seinem zentralen Selbstverständnis als Verteidigungsgemeinschaft in Frage gestellt. Dies wiegt umso schwerer, als der Generalsekretär der NATO und der Vorsitzende des Militärausschusses die tatsächliche Bedrohung des NATO-Partners Türkei festgestellt haben.

Deutschland hat jahrzehntelang von der unbedingten Solidarität der anderen NATO-Partner profitiert. Es ist inakzeptabel, jetzt, wo andere uns brauchen, die Solidarität zu verweigern.

- Die Bundesregierung schwächt die Autorität der Vereinten Nationen und fügt dem Ansehen Deutschlands als verantwortlich handelndes Mitglied des Sicherheitsrats Schaden zu. Mit ihren Vorfestlegungen in der Irak-Frage hat sie gegenüber der Institution des Sicherheitsrats Respektlosigkeit gezeigt und sie untergräbt zugleich ihre eigene Autorität und Verhandlungsfähigkeit in der Wahrnehmung des Vorsitzes.
- Die Bundesregierung hat die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union geschwächt. Sie gefährdet damit auch den Erfolg der Bemühungen zur Vertiefung der Europäischen Integration und macht eine gemeinsame europäische Positionsfindung, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, unmöglich. Die „Erklärung der Acht“ ist durch die Vorfestlegungen des Bundeskanzlers provoziert worden. Sie sollte Grundlage einer Erklärung des EU-Gipfels werden.
- Die Bundesregierung hat das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika schwer belastet. Sie schürt und fördert antiamerikanische Ressenti-

ments. Die jüngsten Einlassungen des Bundeskanzlers, die die deutsche Haltung in der Irak-Frage zum Widerstand gegen angebliche weltweite Dominanzabsichten der Vereinigten Staaten uminterpretieren, sind ein neuer unerträglicher Höhepunkt.

Bislang ist es zuvorderst der klaren und unmissverständlichen Haltung der Vereinigten Staaten und ihrer Partner zu verdanken, dass im November 2002 die Inspektoren der Vereinten Nationen wieder in den Irak gelassen wurden. Ohne den vor allem von den Amerikanern aufgebauten Druck und die Drohung, notfalls auch militärische Mittel einzusetzen, wäre dies nicht gelungen. Insofern fußen alle von der Bundesregierung heute unterstützten Maßnahmen wesentlich auf dem von den Amerikanern in der Region aufgebauten – und von der Bundesregierung wider besseres Wissen kritisierten – Streitkräftedispositiv.

Die Bundesregierung hat in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika viel Kredit und Glaubwürdigkeit verspielt, die sich Deutschland über Jahrzehnte hinweg erarbeitet hat. Eine verlässliche transatlantische Partnerschaft ist und bleibt alternativlos zentraler Pfeiler deutscher und europäischer Sicherheitspolitik. Sie liegt unbedingt im deutschen Interesse, ja sie ist Teil deutscher Staatsräson. Die heutige Einfluss- und Relevanzlosigkeit der Bundesregierung in Washington schwächt unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit.

- In der Sehnsucht nach Frieden sind sich alle verantwortlichen Menschen in Deutschland einig. Umso wichtiger ist, dass sich politische Verantwortung in einer realistischen Darlegung der von Massenvernichtungswaffen und internationalem Terrorismus ausgehenden Gefahren und einer verantwortlichen Politik zu ihrer Vermeidung bewährt. Die Weltgemeinschaft hat in der Sicherheitsratsresolution 1441 dem Irak die völkerrechtliche Verpflichtung auferlegt, auf Massenvernichtungswaffen dauerhaft zu verzichten, von denen nach der Erklärung der Vereinten Nationen eine Gefahr für den Weltfrieden ausgeht. Seit mehr als einem Jahrzehnt haben die Vereinten Nationen mit zahlreichen Resolutionen, Inspektionen und Sanktionen bisher vergeblich versucht, Saddam Hussein zum Einlenken zu bringen. Weil das Ziel erreicht werden muss, kann auf die Drohung, als allerletztes Mittel die militärische Erzwingung einzusetzen, nicht verzichtet werden. Wer den Druck auf Saddam Hussein schwächt, wird seine Bereitschaft zum Einlenken nicht fördern und verringert die Chancen für den Frieden. Der Deutsche Bundestag dankt den beiden christlichen Kirchen für ihre Mahnungen zum Frieden und insbesondere dem Papst für seine Bemühungen, Saddam Hussein zu einem friedlichen Unterwerfen unter das vom Sicherheitsrat gesetzte Völkerrecht zu bewegen.
- Jeder Versuch, nachhaltig und kontrolliert sicher zu stellen, dass der Irak sein Streben nach Massenvernichtungswaffen dauerhaft aufgibt, verdient grundsätzlich Unterstützung. Mit der angeblichen deutsch-französischen Initiative, die vom Bundeskanzler in ein Nachrichtenmagazin lanciert wurde, ist das Gegenteil erreicht worden, weil damit nicht die Bereitschaft des Irak zur Kooperation gefördert, sondern offenbar der unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaute Druck auf den Irak gemindert werden sollte.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

- umgehend die weitere Beschädigung unserer fundamentalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen zu unterlassen;
- umgehend im Atlantischen Bündnis den ungerechtfertigten Widerstand gegen den Vorschlag des NATO-Generalsekretärs zur Planung von Unterstützungsleistungen zugunsten der Sicherheit und Verteidigung des NATO-Part-

ners Türkei aufzugeben und sich auch bei Frankreich und Belgien dafür einzusetzen, dass das Bündnis der Türkei die erwünschte Unterstützung gewährt;

- strikt von weiteren politischen Schritten und Manövern abzusehen, die das Atlantische Bündnis schwächen und die Atlantische Verteidigungsfähigkeit einschränken;
- jedwede Vorfestlegung des deutschen Abstimmungsverhaltens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zurückzunehmen und insbesondere bei zum Irak zu treffenden Beschlüssen allein auf Grundlage der tatsächlichen Erkenntnisse und der Wahrnehmung der deutschen und europäischen Interessen zu entscheiden;
- bei der Entscheidungsfindung alles zu tun, damit die im Sicherheitsrat vertretenen Mitglieder der Europäischen Union zu einer einheitlichen Position finden und diese Position vor allem auch mit den USA engstens koordiniert wird;
- sich umgehend präzise dazu zu äußern, in welchem Maße sie die vom amerikanischen Außenminister im Sicherheitsrat dargelegten Fakten zu den Gefahren, die von den A-, B- und C-Waffenprogrammen des Irak ausgehen, teilt und inwieweit diese den eigenen Erkenntnissen entsprechen;
- für den Fall, dass eine Erzwingung der Resolution 1441 des Sicherheitsrats mit militärischen Mitteln unausweichlich werden sollte, gemeinsam mit unseren Partnern in der EU diese Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten – wie mit AWACS-Flugzeugen, MEDEVAC-Kräften, ABC-Spürpanzern, Patriot-Abwehrsystemen, der Gewährung von Überflugrechten, dem Schutz der amerikanischen Basen in Deutschland und mit Schiffen im persischen Golf – zu unterstützen und dabei die verfassungsmäßigen Rechte des Deutschen Bundestages zu wahren.

Berlin, den 13. Februar 2003

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

